

Bescherung in München

Der Freistaat schüttet sein Füllhorn über Oberfranken aus. Neben Hunderten Behörden-Arbeitsplätzen soll auch ein hochmodernes Gefängnis in Marktredwitz entstehen.

Von Jürgen Umlauf

München – Der März ist angebrochen, und in München weihnachtet es. In freudiger Erregung strebt der Wunsiedler Abgeordnete Martin Schöffel auf den CSU-Fraktionssaal im Landtag zu, wo Heimatminister Markus Söder gleich sein bis zuletzt als Staatsgeheimnis gehütetes Behördenverlagerungskonzept vorstellen wird. „Es ist wie vor der Bescherung an Heiligabend“, sagt Schöffel, bevor er im Saal verschwindet. Und als Söder dann die Öffentlichkeit über den staatlichen Stellensegen informiert, schneit es über der Landeshauptstadt dicke Flocken.

In der Tat wird Schöffel reich beschenkt. 276 neue Stellen gehen in den Landkreis Wunsiedel, 271 davon allein nach Marktredwitz. Es ist die mit Abstand höchste Zahl aller in Bayern mit neuen Behörden bedachten Orte. Und dann ist mit dem Neubau der dann wohl modernsten Justizvollzugsanstalt (JVA) Bayerns auch noch ein echter Kracher dabei. Einen zweistelligen Millionenbetrag wird der Gefängnisbau kosten, verrät Söder. Das ergebe nicht nur während der Bauphase enorme wirtschaftliche Effekte für die Region, sondern auch hinterher beim Betrieb. So eine Anstalt mit 350 Häftlingen und 186 Bediensteten muss gewartet und mit Vielem versorgt werden.

Justizminister Winfried Bausback hatte einen JVA-Neubau schon länger auf der Agenda. Denn Bayerns Gefängnisse sind zum Teil in die Jahre gekommen und zum Teil überbelegt. Bausbacks Sprecherin Ulrike Roider gibt schon ein bisschen der Planungen preis. So soll in der JVA Marktredwitz Bayerns erste Geriatrie für ältere Häftlinge entstehen. „Wir müssen auch im Justizvollzug auf die demographische Entwicklung reagieren“, erklärt sie. Außerdem soll eine Mutter-Kind-Abteilung eingerichtet werden, zusätzliche Haftplätze für den Frauenvollzug seien auch geplant. Wo genau gebaut werde, stehe noch nicht fest. Söder verspricht „hochwertige Arbeitsplätze“ nicht nur im Justizvollzugsdienst, sondern auch für Ärzte, Lehrer und Psychologen. Von den 186 Stellen soll ein Teil aus München verlagert werden, weil es dort viele Rückversetzungswünsche nach Franken gebe, es würden aber auch neue Stellen

geschaffen. Überhaupt legt Söder mehrfach Wert auf die Feststellung, dass die Region zwischen Kronach und Hof im Norden und Amberg und Schwandorf im Süden besonders bedacht worden sei. 14 Standorte mit gut 700 neuen Stellen, darunter auch Waldsassen oder Kemnath, zählt er für das östliche Oberfranken und die nördliche Oberpfalz auf. „Wir haben in der strukturschwächsten Region Bayerns dann alle paar Kilometer einen staatlichen Stützpunkt, das belebt den gesamten Raum“, betont er. Die Kritiker an dem Konzept lässt er wissen, dass Behördenverlagerungen ein „ganz zentrales Element der Strukturförderung“ seien. Sie brächten zusätzliche Jobs und viele Investitionen in die Regionen.

So sieht das auch Horst Seehofer. Alle bisherigen Verlagerungen seien positiv für die neuen Standorte gewesen. Als Beispiel nennt der Regierungschef die Teilverlagerung des Landesamtes für Umwelt nach Hof, was sich für die Stadt als „sehr sehr wirksame Maßnahme“ herausgestellt habe. Deshalb sei mit den jetzigen Verlagerungen auch „kein Endpunkt erreicht“. „Wir werden mit der Regionalisierung jetzt nicht aufhören“, betont Seehofer. Das Streben nach gleich-

wertigen Lebensverhältnissen überall im Land sei ein „Violinschlüssel für die Stärke Bayerns“. Denn: „Bayern kann es nur gut gehen, wenn es jeder Region gut geht.“

Für Söder hat der Chef sogar ein Sonderlob übrig. „Das ist ein sehr fundiertes Konzept und wurde professionell erarbeitet“, urteilt er. An keiner Stelle sei eine Nachjustierung nötig gewesen. Seehofer plaudert sogar

„Wir haben in der strukturschwächsten Region Bayerns dann alle paar Kilometer einen staatlichen Stützpunkt.“

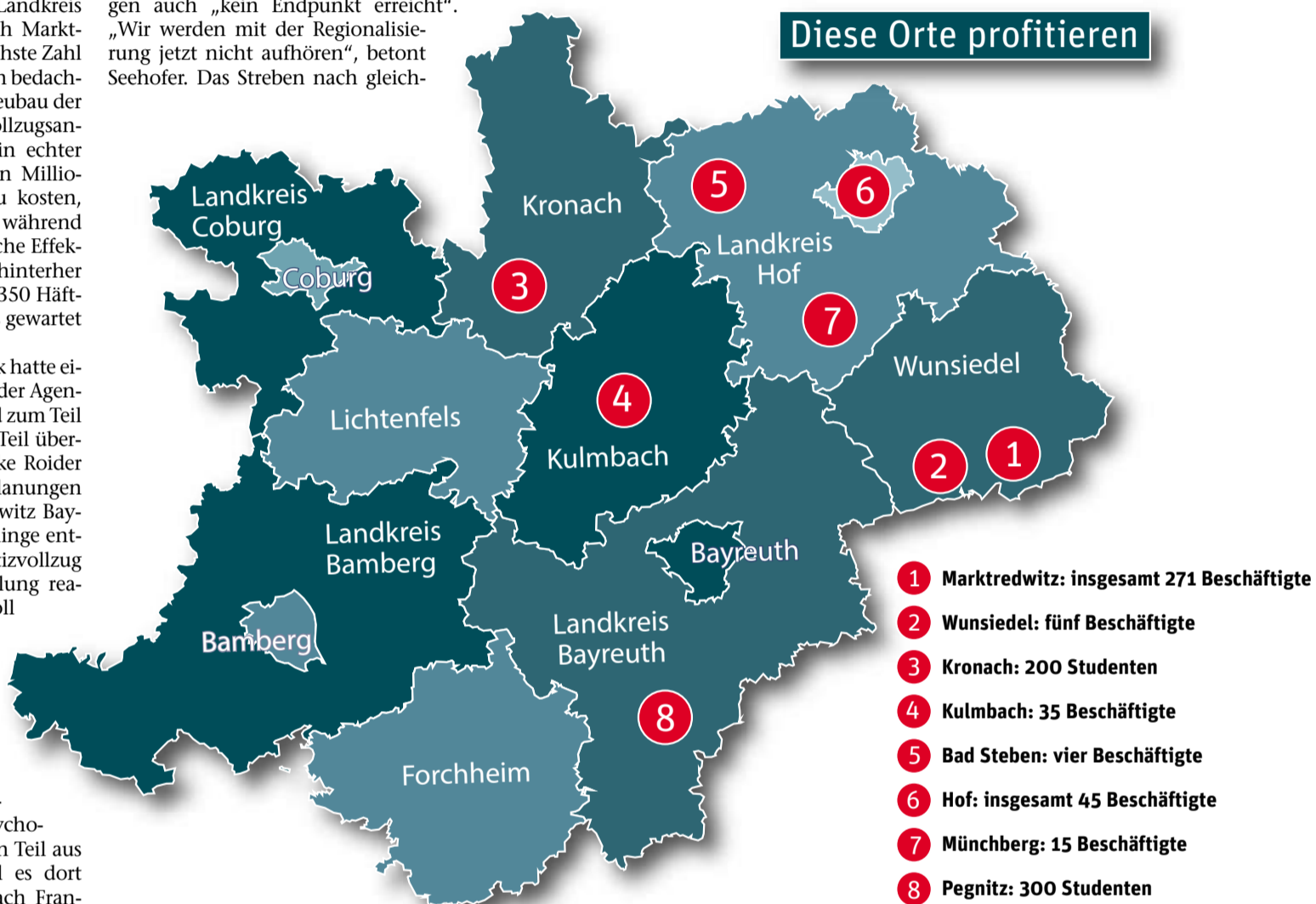
Heimatminister Markus Söder

aus der eigentlich geheimen Sitzung des Kabinetts. Dort sei der Beschluss über die Verlagerungen einstimmig gefallen, Söder habe für seinen Vortrag Beifall erhalten. Das komme im Kreise der Minister und Staatssekretäre „eher selten“ vor, verrät Seehofer. Die Kritik der Opposition an den Verlagerungen

lässt er ungerührt abperlen. „Ach die Opposition“, raunt er abfällig. „Es ist doch so: Die Regierung macht Politik für Bayern, die Opposition macht Untersuchungsausschüsse.“

Dabei kritisiert die Opposition nicht nur. Der Hofer Klaus Adelt, SPD, freut sich sogar ausdrücklich über die zusätzlichen Stellen für Hochfranken. Man dürfe deren Wirkung nur nicht überbewerten. „340 neue Arbeitsplätze machen noch keinen Sommer.“ An der Finanzmisere der meisten hochfränkischen Kommunen ändere ein neues Gefängnis nämlich erstmal nichts. Der Freie Wähler Thorsten Glauber spricht von einem „ordentlichen Start“ des Umzugskonzepts. Nun müssten die neuen Stellen und Studienplätze aber auch rasch kommen.

Harsch fällt die Kritik nur bei den Grünen aus. „Die Inszenierung war pompös, die Entscheidungsgrundlagen für die Verlagerungen sind nebulös“, meint deren Abgeordnete Claudia Stamm. Söder sei mit der „vollen Gießkanne übers Land spaziert – ohne Plan, Sinn und Verstand“.



Festtagsstimmung im Fichtelgebirge

Großer Jubel herrscht nach den angekündigten Stellenverlagerungen vor allem im Raum Hof und Wunsiedel. Marktredwitz plant schon einen neuen Stadtteil. In Kulmbach und in Coburg überwiegt hingegen die Enttäuschung.

Von Joachim Dankbar

Oberfranken – Von euphorisch bis gedämpft optimistisch reicht die Bandbreite der Gefühle in den Stellungnahmen auf die Arbeitsplatzverlagerungen in die Reaktion. „Der große Wurf ist gelungen!“, jubelte Martin Schöffel, CSU-Landtagsabgeordneter im Stimmkreis Wunsiedel-Kulmbach. Ausdrücklich stellte sich Schöffel hinter die Pläne für eine neue Justizvollzugsanstalt mit rund 190 Beschäftigten. Martin Schöffel: „Dies ist ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor, der sich auch durch ein zusätzliches Einkaufsvolumen bei örtlichen Geschäften bis hin zur Wasser- und Abwasserabnahme positiv auswirken wird.“ Zudem gebe es in der bayerischen Justiz viele Mitarbeiter, die seit Jahren aus den Ballungsräumen nach Oberfranken zurückkehren wollten.

Zehn Minuten sammeln musste sich der Marktredwitzer Oberbürgermeister Oliver Weigel, als er kurz nach 15 Uhr den Anruf aus München erhielt. Seine Stadt war die große Gewinnerin des Tages. Von den 418 Arbeitsstellen, die nach Oberfranken gehen, sollen allein 275 hier angesiedelt werden. „Mit einer Justizvollzugsanstalt habe ich natürlich nicht gerechnet“, gab Weigel zu. Die Freude kehrte aber schnell zurück. Es sei ein großer Tag für Marktredwitz und die Region.

Weigel erhofft sich nun einen gewaltigen Schub für die Stadt. Die beiden weiteren Behörden – das Servicezentrum Bayern-Server und das Kompetenzzentrum Förderprogramme – mit weiteren 85 Beschäftigten sieht der Oberbürgermeister als Initialzündung für ein neues Stadtviertel. Bereits in den kommenden Tagen soll die einstige Benker-Fabrik abgerissen werden. Auf dem riesigen innenstadtnahen Areal neben dem einstigen Gartenschauland sollen außer der Behörde Wohn- und Gewerbebauten entstehen. Bis wann die zwei Behörden und die JVA tatsächlich in Marktredwitz gebaut werden, ist nicht klar. „Für die Justizvoll-



„Diese Entscheidungen stärken die gesamte Region.“
Landtagsabgeordneter Alexander König aus Hof

zugsanstalt bedarf es aber sicherlich umfangreicher Vorplanungen.“

Auch auf den Diskussionsseiten unserer Zeitung im Internet brach sofort eine kontroverse Diskussion über die Strafanstalt aus, die mit 190 Beschäftigten wesentlich größer als die Hofer JVA (54 Beschäftigte) ausfallen soll.

„Eine Hochschule wäre schon schöner gewesen als eine Justizvollzugsanstalt“, sagte Weigels Amtsvorgängerin Dr. Birgit Seelbinder, die in den letzten Jahren vergeblich für eine solche Ansiedlung gekämpft hatte. Grundsätzlich gelte aber, dass jede Behördenansiedlung eine Stadt voranbringe. Das lasse sich auch am Beispiel Marktredwitz ablesen. Nur mit den langfristigen Mietverträ-

gen des Geologischen Landesamtes habe man einst das Kösseine-Einkaufs-Centrum verwirklichen können, das der Stadt auf der Brache einer ehemaligen chemischen Fabrik ein neues Zentrum bescherte.

„Diese Entscheidungen stärken die gesamte Region“, zeigt sich der Hofer CSU-Landtagsabgeordnete Alexander König überzeugt. Damit meinte er nicht nur die 54 neuen Stellen, die in der Stadt und im Landkreis Hof bei verschiedenen Dienststellen angesiedelt werden sollen, sondern ausdrücklich auch die Verlagerungen in den Landkreis Wunsiedel. Nun sei es „absolut wünschenswert“, dass der Freistaat in seinem nächsten Doppelhaushalt auch die Unterstützung von Synchronikern, Theater und der Freiheitshalle in Hof verbessere, um diese „Leuchttürme“ für Lebensqualität abzusichern.

Sehr viel verhaltener ist die Reaktion in Kulmbach: Oberbürgermeister Henry Schramm, CSU, macht keinen Hehl daraus, dass er sich mehr erhofft hatte. In den letzten Wochen hatte er noch einmal massiv die Werbetrommel für seine Stadt und den Landkreis Kulmbach gerührt und darauf hingewiesen, dass hier der Bevölkerungsverlust noch größer sei als in der oft zitierten Region Wunsiedel. Die 20 zusätzlichen Stellen für das Kulmbacher Kompetenzzentrum für Ernährung (KERN) erfüllen ihn nur bedingt mit Freude. Bereits heute seien dort einige Mitarbeiter mit Zeitverträgen beschäftigt. Wenn sie nun feste Anstellungen bekämen, sei dies keine zusätzliche Stärkung von Kulmbach. „Mit Kussband“ hätte er hingegen die Justizvollzugsanstalt genommen, die nun nach Marktredwitz gehen soll, sagte der Kulmbacher OB. Der Region Marktredwitz-Wunsiedel sei ein „großer Wurf“ gelungen. Kulmbach habe hingegen derzeit keine Lobby mehr in München. Dies habe man

bereits bei der Stimmkreisreform gesehen.

Noch größer ist die Enttäuschung etwas weiter nördlich: „Der Raum Coburg bekommt gar nichts, das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen“, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Susann Biedefeld. Auch für Oberfranken gebe es nicht viel mehr als ein Feigenblatt. Söder habe viel versprochen und wenig gehalten. Biedefeld: „Ein enttäuschendes Ergebnis.“ „An der Finanzmisere der meisten oberfränkischen Kommunen ändert ein neues Gefängnis erst einmal nichts“, kommentierte der Hofer SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Adelt. Notwendig sei eine große Strukturreform.



„Ein enttäuschendes Ergebnis.“
Landtagsabgeordnete Susann Biedefeld aus Coburg

Die aus Bamberg kommende Gesundheitsministerin Melanie Huml erklärte Oberfranken hingegen zum „großen Gewinner dieser Behördenverlagerung“. Fast ein Drittel der insgesamt 3155 Beschäftigten und Studierenden sollen bis 2025 aus den Ballungsräumen nach Oberfranken verlagert werden. Neben den 418 neuen Arbeitsplätzen freue sie sich besonders über die 500 weiteren Studienplätze, die der Fachhochschule für Justiz, Fachbereich Rechtspflege, in Pegnitz und an der neuen Finanzhochschule, Fachbereich Steuer und Finanzen, in Kronach entstehen werden. Positiv überrascht zeigte sich auch Thomas Zimmer, Präsident der Handwerkskammer für Oberfranken,